

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 4 (1991)
Heft: 1-2

Artikel: Eine Schweiz jenseits der Arbeitsgesellschaft
Autor: Lalive d'Epinay, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-119369>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EINE SCHWEIZ

Wie soll man sich eine solche Schweiz «jenseits der Arbeitsgesellschaft» denn vorstellen angesichts der Tatsache, dass die Arbeit mangels natürlicher Ressourcen selbst zum Rohstoff geworden ist?

Von der Arbeitsmoral zur Suche nach dem Glück

In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts hat die Gesellschaft all ihre Mitglieder im Namen des Fortschritts mobilisiert, um in einer gewaltigen gemeinsamen Anstrengung die Natur zu beherrschen und durch die Industrialisierung die Grundlagen für einer Wirtschaft der menschlichen Vorherrschaft und des Wohlstands aufzubauen. Der Alltag dieser Gesellschaft war geprägt vom Kampf ums Überleben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie durch eine neue Gesellschaft abgelöst: eine Gesellschaft des Überflusses, des Massenkonsums, der Freizeit und der Suche nach dem Glück.

Die Moralisten sind über diese Veränderung, die sie gern als Dekadenz einstufen, besorgt. Musste aber nicht gerade das Gelingen jenes Vorhabens, das die Industriegesellschaft kennzeichnet – der Aufbau der Grundlagen des materiellen Wohlstands –, gezwungenermassen zu einer sinkenden Arbeitsmoral und Opferbereitschaft führen?

Mit dem Beginn der nachindustriellen Gesellschaft hat sich unsere Vision von der Welt und dem Menschen, hat sich unsere ganze Kultur verändert. In der Industriegesellschaft wurde das «Men-

schenjunge» – wie Kipling es nannte – erst dann wirklich zum Menschen, wenn es seinen Platz in der Gesellschaft gefunden und sich in ihren Dienst gestellt hat. In der heutigen Gesellschaft dominiert ein anderes Menschenbild: Jedes «Menschenjunge» ist bei seiner Geburt mit potentiellen Qualitäten und Fähigkeiten ausgerüstet, und die Gesellschaft muss den Rahmen schaffen, in dem sich dieses Potential entfalten kann. So hat neben den sozioökonomischen Veränderungen eine eigentliche Kulturrevolution stattgefunden: War früher die Gesellschaft die Daseinsberechtigung der individuellen Existenz, sind heute das Individuum und seine harmonische Entfaltung die Daseinsberechtigung der Gesellschaft und ihrer Institutionen.

Der Übergang von der industriellen zur nachindustriellen Gesellschaft hat in drei Etappen stattgefunden. In der ersten Phase schuf die Industrialisierung die Voraussetzungen zum «Take off» für den materiellen Wohlstand. In der zweiten Etappe setzten sich, dank der Organisation der Arbeiterschaft, demokratische Grundsätze allmählich durch, die Basis für den Sozialstaat wurde gelegt. Für die Schweiz ist das Stichdatum dieser Etappe jener berühmte Tag im Juli 1947, an dem das Volk mit grosser Mehrheit jene AHV beschloss, die bereits seit einem Vierteljahrhundert in der Verfassung versprochen war. In der dritten Etappe – 1950 bis 1975 – löste die Industriegesellschaft ihr zentrales Versprechen ein: Sie produzierte den Überfluss. Elektrische Haushaltsmaschinen, Kunststoffe, Autos, TV-Apparate, aber auch die Antibabypille und die Ferien für jedermann: Das gestern noch Unvorstellbare wurde zum Alltag.

Die Wiederkehr der unsicheren Zeiten

Seit 1973 herrscht Ungewissheit darüber, ob wir die Zukunft meistern und die für das Leben unabdingbaren natürlichen Voraussetzungen erhalten können. In diesem Umfeld beginnt meiner Meinung nach die eigentliche nachindustrielle Gesellschaft. Durch die Umstrukturierung der Weltwirtschaft und die rasche Verbreitung neuer Technologien schrumpft der Arbeitsmarkt. In den Indu-

Christian Lalive d'Epinaï ist Professor der Soziologie an der Universität Genf. Sein Spezialgebiet ist die Erforschung sozialer und kultureller Veränderungen. Er hat im Rahmen des Nationalfonds-Forschungsprogramms Nr. 15, «Arbeitswelt: Humanisierung und technologische Entwicklung», eine Studie über die «Evolution des significations et des valeurs du travail en Suisse au cours du XX^e siècle» gemacht. Die Ergebnisse seiner Studie sind in seinen beiden Büchern «Le mythe du travail en Suisse», Editions Georg, Genf, 1968 (mit Carlos Garcia), und «Les Suisses et le travail: des certitudes du passé aux interrogations de l'avenir», Editions Réalités sociales, Lausanne, 1980, enthalten. Das zweite Buch wird Ende 1990 in deutscher Sprache im Verlag der Fachvereine, Zürich, unter dem Titel: «Die Schweizer und die Arbeit. Von Gewissheiten der Vergangenheit zu Fragen der Zukunft» erscheinen.

Die Übersetzung des Textes besorgte Katharina Hofer, für die redaktionelle Bearbeitung und die Übersetzung des Tocqueville-Zitats war Peter Stöckling zuständig.

Ist eine Schweiz, in der die Arbeit nicht mehr das zentrale Bindeglied zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft ist, überhaupt denkbar? Eine Schweiz, in der die Arbeit nicht mehr als Haupteinnahmequelle dem einzelnen seinen Status und seine Identität verleiht? Eine Schweiz schliesslich, in der nicht mehr die Arbeit das menschliche Leben ordnet?

«LAISSEZ FAIRE!»

SCHWEIZ JENSEITS

strialändern geht wieder das Gespenst der Arbeitslosigkeit um. Natürlich ist die Schweiz einmal mehr ein Sonderfall. Schaut man aber genauer hin, sieht man, dass die grossen Linien der Entwicklung Europas auch bei uns sichtbar werden. Vergessen wir die rund 250 000 ausländischen Arbeitnehmer, die die Schweiz zwischen 1973 und 1977 verlassen mussten, nicht!

Wir dürfen die Schrumpfung des Arbeitsmarktes nicht als Folge einer Konjunkturkrise, sondern als Folge einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaft und der menschlichen Arbeit sehen. Die Industriegesellschaft hat zur totalen Mobilisierung der menschlichen Arbeitskraft aufgerufen. Die Wirtschaft der nachindustriellen Gesellschaft appelliert dagegen an eine partielle und qualitative Mobilisierung.

Tätigkeit, Arbeit, Beschäftigung: Szenarios

Die Veränderungen unserer Lebensgewohnheiten haben auch die widerrechtliche semantische Aneignung ans Licht gebracht, auf die sich die industrielle Ideologie stützt: Die Arbeit ist nicht die einzige Tätigkeit, die verdient, beachtet und bewertet zu werden. Auch wird keineswegs jede Arbeit im Rahmen einer bezahlten Beschäftigung geleistet. Dieser Tatbestand lässt eine objektivere Definition der folgenden Begriffe zu:

Arbeit als Tätigkeit, deren Ausübung zur Herstellung eines Gutes oder einer Dienstleistung beiträgt.

Erwerbstätigkeit als Arbeit, die Gegenstand eines Vertrages ist, der eine Bezahlung in Form von Geld vorsieht.

Freizeit als Tätigkeit, deren hauptsächlichstes Ziel das Vergnügen und die «Selbstverwirklichung» all jener ist, die sie ausüben.

Diese Begriffsbestimmung zeigt: Wenn es einen Begriff gibt, der alle anderen umfasst, ist es nicht der Begriff Arbeit, sondern der Begriff Tätigkeit. Es ist also durchaus nicht so, dass sich der Mensch – wie die Ideologie der Industriegesellschaft behauptet hat – nur über die «Arbeit» im Sinn von Erwerbstätigkeit verwirklicht.

Nachdem wir die Begriffe geklärt haben, kommen wir zu den heute zentralen Fragen: Wie kann jedem Individuum ein ausreichendes

Einkommen zugesichert werden, obwohl der Arbeitsmarkt schrumpft? Die fünf folgenden Szenarios versuchen, auf diese Frage eine Antwort zu geben.

Dieses Szenario geht von der rigoristisch-ökonomischen Sichtweise aus, nach der die Störungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes vor allem eine Folge des staatlichen Interventionismus sind. Liberalisieren – deregulieren, wie das Schlagwort heisst – wir also den Stellenmarkt. Lassen wir Angebot und Nachfrage über den Arbeitsvertrag, die Arbeitszeit und die Entlohnung entscheiden!

Die Wirtschaft soll durch eine optimale Elastizität des Arbeitsmarktes saniert werden. Beschäftigung und Einkommen werden eng aneinandergesplegelt. Die Vollbeschäftigung steht nicht im Vordergrund.

Das Schwergewicht des Szenarios liegt auf dem Wettbewerb. Es fördert sowohl in sozialer wie in politischer Hinsicht die Entwicklung einer dualen Gesellschaft: Auf der einen Seite sind die Stelleninhaber, die das soziale und politische Leben kontrollieren. Auf der andern Seite stehen die andern, die Nichterwerbstätigen, die Arbeitslosen, Randständigen und (vorzeitig) Pensionierten. Die heutige Ordnung mit ihren sozialen Klassen würde somit abgelöst durch eine «postmoderne» Gesellschaft, die aufgespalten ist in die wirtschaftlich Aktiven, die den vitalen Kern der Gesellschaft bilden, und die andern.

Ziel dieses Szenarios sind der Wettbewerb und die Dynamik der wirtschaftlichen Aktivität. Man kann aber auch einen anderen Standpunkt vertreten und sich die strikte Verwirklichung jenes Grundrechts zum Ziel setzen, das die Industriegesellschaft geprägt hat: das Recht auf Arbeit. Beschäftigung und Einkommen müssten in diesem Fall verkoppelt bleiben, ist die Verbindung Beschäftigung–Einkommen doch für den Austausch zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft von grundlegender Bedeutung und Garant der sozialen Ordnung.

Fortsetzung Seite 60

2
3
VOLLBESCHÄFTIGUNG
ÜBER DEN STELLENMARKT

VOLLBESCHÄFTIGUNG:
EINE NEUE DEFINITION

4
DAS GARANTIERTE BASEEINKOMMEN:
EINE INDIVIDUALISTISCHE MÖGLICHKEIT

DER ARBEITS

Szenario Damit jeder von seinem Recht auf Arbeit Gebrauch machen kann, muss bei diesem Szenario der Begriff der «Vollzeitbeschäftigung» neu umschrieben werden. Die «Vollzeitbeschäftigung» würde periodisch neu berechnet, indem alle auf dem Markt angebotenen Stellen in Form von Zeiteinheiten durch die Anzahl der Anspruchsberechtigten dividiert würden.

Diese Variante führt den traditionellen Begriff der Vollzeitbeschäftigung weiter und beseitigt den negativen Beigeschmack der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig passt sie ihn den Bedürfnissen der modernen Freizeitgesellschaft an und kommt all jenen entgegen, für die die Arbeit nichts weiter ist als ein «Job» zum Geldverdienen.

Nur, und damit kommen wir zu den Schwierigkeiten dieser Variante: wie lässt sich eine Vollbeschäftigungspolitik aufgrund von Arbeitszeitverkürzung durchführen, wie können wir die Stellen verteilen, ohne eine schwerfällige Bürokratie zu schaffen, die oft nicht nach wirtschaftlichen Kriterien handelt? Soll die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohnniveau abgebaut werden? Wenn ja, wer übernimmt die Differenz der Lohnkosten – der Staat oder das Unternehmen? Können die Arbeitnehmer eine durch die Reduktion der Arbeitszeit bedingte Lohnreduktion verkraften? Ist eine Herabsetzung des Konsumniveaus vorstellbar?

Die Vollbeschäftigungspolitik kann auch darin bestehen, dass auf einem defizitären Arbeitsmarkt Stellen geschaffen werden.

Es ist nichts Neues, dass Tätigkeiten entlohnt werden, die keine offensichtliche, unmittelbare Rendite abwerfen. Beispiele dafür sind die Schulen oder die Berufsarmee. Es müsste eine Bestandesaufnahme aller sozial nützlichen Tätigkeiten gemacht werden, die entlohnt werden könnten. Dabei würde sich zeigen, dass die Pflege der betagten Menschen, Einsätze für die Umwelt und für die Solidarität gegenüber der dritten Welt unerschöpfliche Stellenreservoirs darstellen. Dazu nur ein Beispiel: Eine Haushalthilfe wird für ihre Arbeit mit Behinderten zu Recht entlohnt, nicht aber eine

Szenario Familie, die ihre achtzig- oder neunzigjährige Grossmutter betreut. Dies im Gegensatz zu Schweden, wo die soziale Bedeutung dieser «Arbeit» anerkannt wird. Dieses Szenario wertet nützliche, heute jedoch unbeliebte – weil unbezahlte? – Tätigkeiten auf. Es fördert auch die Gleichstellung der Geschlechter.

Voraussetzung ist jedoch eine blühende Wirtschaft, die besonderes Gewicht auf den produktiven Sektor legt.

In diesen Szenarios ist im wesentlichen die Arbeit die Grundlage des Einkommens. Ist aber eine Gesellschaft denkbar, in der das Einkommen nicht mehr zwangsläufig aus einer Erwerbstätigkeit hervorgehen muss? Eine Gesellschaft, die das Recht auf ein Mindesteinkommen als fundamentales Menschenrecht und als Ausdruck des

Rechts auf Leben anerkennt? Ist überhaupt die Revolution des Denkens und der sozialen Wirklichkeit vorstellbar, die dazu nötig wäre? Die beiden folgenden Szenarien beruhen auf dieser Hypothese.

Bei diesem Szenario kann das einzelne Mitglied der Gesellschaft seine Zeit selbst einteilen, müsste aber einen minimalen kollektiven Rahmen akzeptieren. Dafür müsste eine Formel gefunden werden, mit der die Aufteilung der Zeit zwischen den drei Bereichen Arbeit-Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung, Privatleben und Freizeit möglichst flexibel bleiben.

Diese Formel könnte sich auf zwei Hauptideen stützen: Zum einen müssten die Finanzierungssysteme für alle Zeitabschnitte der Nicht-Arbeit zusammengelegt werden. Dabei würde alles erfasst, von der Ausbildung der Jungen über die Ferien, die Ausbildungspraktika und den Weiterbildungsurlaub bis zur Pensionierung. Diese Zeit stellt ein Volumen dar, über das der einzelne im Laufe seines Lebens aufgrund seiner eigenen sowie der Bedürfnisse des Stellenmarktes selbst wählen könnte.

Die zweite Idee geht davon aus, dass das Geld, das individuell und vom Arbeitgeber an die Sozialversicherungen bezahlt wird, jedem

5
DAS BASEISEINKOMMEN:
BESITZERRENTE ODER TAUSCHVERTRAG?

GESELLSCHAFT

SZENARIO
O
I
Z
S

einzelnen gehört. Das versetzt ihn in die Lage, Einkommenstransfers von einem Zeitabschnitt zum anderen zu machen. Das ergibt für jedes Mitglied der Gesellschaft eine bestimmte Anzahl Bezugsrechte, von denen es im Lauf seines Lebens Gebrauch machen kann. Das Resultat wäre eine gewisse Sicherheit ohne Einschränkung der Mobilität.

Dieses Szenario zielt somit nicht auf die Sicherung eines Mindesteinkommens ab, sondern will das Wesentliche des erworbenen Einkommens schützen. Es versucht die heutigen Anforderungen der kollektiv handelnden Wirtschaftskräfte in die Strategie des einzelnen umzusetzen.

Würde dieses Szenario die Tendenz zur Gleichheit fördern oder im Gegenteil die Ungleichheiten verstärken? Aufgrund der Erfahrung kann angenommen werden, dass die am besten Qualifizierten auch am meisten von einem solchen System profitieren würden. Es gibt aber auch offene Frage: Würde dieses Szenario genügend Anreiz für die Fortbildung bieten? Was würde mit all jenen geschehen, die ihre Bezugsrechte bereits nach kurzer Zeit ausgeschöpft hätten? Dennoch: Der Grundgedanke, wonach ein Arbeitsunterbruch nicht als unausgefüllte Zeit der Arbeitslosigkeit, sondern als Gelegenheit zur Neuorientierung des Lebens begriffen wird, sollte weiterverfolgt werden.

Thomas Paine geht in seinem berühmten Buch «Die Menschenrechte» (1791) davon aus, dass jeder Mensch das Recht auf ein Einkommen hat, das seine vitalen Bedürfnisse befriedigt. Paine leitet dieses Recht aus der Tatsache ab, dass jedes menschliche Wesen Mitbesitzer des Planeten ist.

Nehmen wir an, es bestünde eine Art allgemeine AHV-Rente, die allen von Geburt an in der gleichen Höhe zusteht. Anders als die heutige AHV hätte diese Rente nichts mehr mit den im Laufe eines Arbeitslebens einbezahlten Beiträgen zu tun, sondern wäre als garantiertes Mindesteinkommen ein Bürgerrecht. Neben dieser egalitären Grundlage hätten alle die individuelle Freiheit, ihre

Tätigkeiten nach dem angestrebten Lohnniveau auszurichten. Um der Wirtschaft und der Gesellschaft die Arbeitskräfte zu garantieren, würde man sich in erster Linie auf die Höhe des Basiseinkommens und die Entlohnung bestimmter Tätigkeiten verlassen. Das Basiseinkommen wäre nicht nur eine Besitzerrente, sondern auch Ausdruck des Rechts auf ein Dasein. Der Gegenwert besteht im Erfüllen der mit diesem Recht verbundenen Pflichten, die sich aus der Anwendung des Prinzips der Gegenseitigkeit – die anderen haben die gleichen Rechte wie ich – ergeben. Denkbar ist ein staatsbürgerlicher und ökumenischer Dienst mit ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Einsätzen. Jeder müsste im Laufe seines Lebens eine bestimmte Anzahl Leistungen erbringen. Das fundamentale soziale Bindeglied, das das Individuum mit der Gemeinschaft verbindet, wäre nicht mehr die Arbeit als Ware, sondern ein systematischer Einsatz der individuellen Fähigkeiten und Wünsche.

Man wird nun sagen, das sei reine Utopie. Wer aber die Realität der westlichen Welt genau betrachtet, entdeckt schon heute Ansätze einzelner Elemente dieser «utopischen» Szenarien. Viele, die die Politik von Ronald Reagan und Frau Thatcher eindeutig ablehnen, bestreiten trotzdem nicht, dass sich eine Überprüfung des Wohlfahrtsstaates, seiner Ziele und seiner Mittel aufdrängt. Die Arbeitszeit ist im Laufe der Jahrzehnte deutlich kürzer geworden, und viele Aktivitäten, die noch bis vor kurzem nicht entlohnt wurden, sind zu Erwerbstätigkeiten geworden. Die Idee einer grösseren Flexibilität bei der Einteilung der Lebenszeit wird weitgehend akzeptiert, teilweise bestehen auch schon Lohnzusicherungen. Der Schluss daraus: Das Mindesteinkommen drängt sich auf, das Modell des Basiseinkommens ist Gegenstand von Studien.

Als Leitgedanke kann uns dabei dienen, was Alexis de Tocqueville schon 1850 in seinen «Erinnerungen» schrieb: «Ich neige zum Glauben, dass die Institutionen, die wir für nötig halten, häufig Institutionen sind, an die wir uns einfach gewöhnt haben, und dass im Bereich der Sozialverfassung das Feld des Möglichen viel weiter ist, als es sich die Menschen vorstellen.» ■